

Veröffentlichung: Org. 42/44, Inter. II, Fernr. 4097, Das „Vollblatt“ erscheint mit Ausnahme der Sonntag- u. Feiertage mit dem Inhalt: Unterhaltungsbeilage, sowie den Beilagen: „Der Fremde“, „In der Fremde“, „In der Fremde“, „In der Fremde“.



Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hilfsprogramm. Die Eroberung des Devisenmarktes durch die Staatsmacht.

Hauptausfluß des Reichsdrangs.

Weis fordert für die Sozialdemokratie die Durchsetzung des Kampfes der Staatsautorität gegen die übermächtig erkrankte Industrie und Wirtschaft.

Berlin, 24. August. (Soz. Part.-Dienst.)

Vor dem Hauptausfluß des Reichsdrangs entwickelte der neue Reichsfinanzminister Genosse Dr. Weis Freitag am Donnerstag seine Gedanken über die finanzielle Situation des Reiches und über die nächsten Maßnahmen zu ihrer Beseitigung. Seine Erklärung war angefüllt mit allgemeiner Unsicherheit und Unklarheit, die die augenblickliche finanzielle Lage in den weitesten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen hat, namentlich in der Arbeiterbewegung, die sich durch die Beschlüsse der kommenden Sabotageperiode der Reichsdrang, die selbst heute noch schamlos genug sind, trotz der allgemeinen Klage das Spiel der Steuererhebung erneut betreiben zu wollen.

Verleugungsabgabe verpflichtet. Draconische Strafen für in der nächsten Zukunft bei weiterer ehestatistischer Beseitigung und Vermögenskonfiskation sollen der Eingang der Devisenabgabe sichern. Daneben ist notwendig, daß die Kreditpolitik der Reichsfinanz in Übereinstimmung mit der Finanzpolitik der Reichsregierung gebracht wird. Das Prinzip des Staates gegenüber der Wirtschaft muß unter allen Umständen gewahrt werden.

Das diesen Ausführungen des Finanzministers gab der Reichsfinanzminister Oeser eine kurze Darlegung der Verhältnisse bei den Betriebsvereinbarungen und kündigte neue Tarifverhandlungen bei der Eisenbahn an. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen, die in der Sitzung des Reichstages (Senat) der Provinz (Dem.) und Richter (ZSP) stimmten im großen und ganzen den Gedanken des Finanzministers zu und billigten die Verordnung der zwangsweisen Einziehung von Devisen. An einzelnen Punkten brachten sie aber noch ihre Wünsche vor. Im großen und ganzen aber sprach sich über die Ausführungen, daß die der neuen Finanzpolitischen Führung nicht widerstreben. Der Genosse Weis betonte die Stellung der Sozialdemokratie. Er erklärte, daß die entworfenen Maßnahmen der Regierung des Finanzministers, die sozialistische Reaktion finden würden. Er erklärte die bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus verlangte er vollständige Erfassung aller Devisen gegen eine wertverhältnismäßige Abstellung der vierteljährlichen Vorauszahlung der Reichsrenten, draconische Strafen gegen alle Verluste, die durch die Abstellung der Devisen entstehen, und die Abstellung nachdrücklich davor, mit dem Gedanken eines Lohnabbaues zu spielen, der nur eine Würgung in die Arbeiterklasse tragen würde. Die neue Regierung dürfe nicht das Erbe der alten Regierung auf ihre Schulden überlassen. Sie müsse den Kampf der Staatsautorität gegen die übermächtig erkrankte Industrie und Wirtschaft durchführen. In diesem Kampfe repräsentiere sie ein Volk von 60 Millionen, und die Sache im Interesse des Volkes vor harten Maßnahmen nicht zurückweichen.

Nach der ernsthaften und sachlichen Diskussion, die den Ausführungen des Finanzministers folgte, hielt es dem Sprecher der Sozialdemokraten, dem Genossen Weis, vorzuziehen, dann um die Sachlage und nur vom größten Agitationsbedürfnis betroffene Angriffe gegen die neue Regierung und ihre Finanzpolitik zu richten. Er erklärte die Unverantwortlichkeit, die Verantwortlichkeit der Reichsrenten, die die Folge der Steuererhebung des Reiches und der bürgerlichen Parteien ist, auf die Reichsfinanzminister zu verlagern. Er erklärte, daß die verantwortlichen Gedanken der Reichsrenten, die die Folge der Steuererhebung des Reiches und der bürgerlichen Parteien ist, auf die Reichsfinanzminister zu verlagern. Er erklärte, daß die verantwortlichen Gedanken der Reichsrenten, die die Folge der Steuererhebung des Reiches und der bürgerlichen Parteien ist, auf die Reichsfinanzminister zu verlagern.

Verbesserte Sozial- und Armenrenten.

Von Heinrich Herrmann, Gauleiter des Verbandes der Anwaltschaft und Witwen Deutschlands für Berlin.

Wie ungeheure Feuerungsstellen auch durch das ganze Reich, Briefe von heute stellen am nächsten Tage nicht mehr. Die monatlichen Erhöhungen des Lebensunterhalts um 25 Prozent sind gang und gäbe. In erster Linie werden davon getroffen die Lohn- und Gehaltsempfänger. Kein Stand leidet aber unter der Geldentwertung so sehr wie die Sozialrentner. Schon im Friedensjahr waren die Renten viel zu niedrig, 20, 10 und 6 Mark waren die Regel. Seit dem 1. Januar 1923 zahlt man allerdings erhöhte Renten. Der Anwalte bekommt monatlich 800, die Witwe 750 und die Witwe etwas über 800 M. Durch Zulassungsanträge macht das Berliner Innenamt bekannt, daß für uneheliche Kinder der monatliche Unterhaltungsbeitrag auf 200 M. anzuheben ist. Welches Amt läßt einmal durch Anträge bekannt machen, was für Unterhaltungsbeitrag den Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen zahlt und zahlen sollte?

Dass die Renten in der Anwaltenversicherung seit langem nicht vermehrt, hat auch der Reichstag eingesehen. Am Dezember 1921 ließ er das Rentenabgesetz für die Sozialrentner, über die Notstandsrente nur den Umständen nach und bei Bedürftigkeit geändert. Wie jedes Ergänzungsgesetz hat es der Sozialrentner und Anwaltsrentner viele. Die bis an den Hals in den Händen stehenden Gemeinden finden alle möglichen Wege, um das ihnen aufgelegte Budget abzufüllen. Zum 1. September 1922 hat der Reichstag eine Anwaltsrente monatlich 800 M., einer Anwaltsrente 824 M., einer Anwaltsrente 7500 M. Diese Höhe liegen aber bei vielen Gemeinden nur auf dem Papier. Sie werden niemals wirklich ausgezahlt, und kommt es zur Auszahlung, kann bei dem Geld den größten Teil dieser Renten verloren. Solange der Grundcharakter des Gesetzes nicht geändert werden, werden noch manche Anwalter und Witwen vor der Auszahlung den Weg zum Graben oder Friedhof finden. Nebenbei sei gesagt: es soll nicht wenige Gemeindeverwalter geben, die niemals das Rentenabgesetz in Händen gehabt und bestanden, sondern die Erfindung eines Sozialrentner-Notstandsrenten keinen Klassenrenten haben.

Nach dem Unfallverletzten verlangt das Gesetz, daß sie von vorn herein ein Drittel des Schadens selbst tragen. Die Unfallrenten unter 33 1/2 Prozent sind nicht vierteljährlich zur Höhe von drei monatlichen Renten in Höhe von 30, 40, 50 und 60 M. zu belohnen. Die Mitglieder von Anwaltsrenten sind demgegenüber in noch erheblich im Vorteil; bei ihnen sind es doch wenigstens monatlich 700 bis 800 M. Die Unfallrenten über 33 1/2 Prozent sind erhöht worden, aber die Erhöhungen kommen zur Auszahlung, wenn man sich dafür nichts mehr tun kann. Eine alleinlebende Unfallrentnerin bekommt ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes, diejenige mit zwei Kindern drei Fünftel. An ganzen fünf die Rente für die Witwe und den Kindern drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes ausmachen, d. h. eine Witwe mit acht Kindern bekommt nicht mehr Rente wie diejenige mit zwei. Zum 1. Juli gelten zum 1. September 1922 bis 576 000 M.

Nach dieser Zeit die Eltern oder Großeltern, deren Sohn oder Enkel tödlich verunglückt. Sie haben Anspruch auf ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, wenn er Eltern und Großeltern wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat. Voraussetzung ist jedoch, daß die Bedürftigkeit vorliegt. Die Voraussetzung ist jedoch, so kann die bereits gewährte Rente entzogen werden.

Weiter muß beachtet werden, daß es eine ganze Anzahl schwerunfallverletzte gibt, die trotz des Schwerbeschädigtengesetzes nicht in Arbeit gebracht werden können. Sie sind ab Juli auf monatliche Renten von 230 M. bis 640 M. angewiesen. Die Renten betragen 640 M.; mehr diese bekommt, muß schon den Kopf unter dem Arm stecken.

Ein sehr tragisches und bitteres Kapitel ist das der Armenrenten. Obwohl in Berlin drei Viertel der Sozialrentner-Notstandsrenten als Armenrenten festgesetzt sind, also 270 000 M. für eine alleinlebende Person 405 000 M. für ein Ehepaar und ein Kinderrenten von 30 000 M., der jedoch extra beantragt werden muß, sind im Monat Juli noch Renten ausbezahlt worden von 12 000, 16 000 und 20 000 M., wiewohl schon der Reichstag von 60 000 M. galt. Warhaftig bedauerlich für die Reichssozialpolitik. Bedauerlich liegen die Dinge in anderen Gemeinden. Die Republik soll den Armenrenten das Maßrecht gebracht, aber die Gemeinden lassen sie unberühren.

Ferner seien noch erwähnt die Sozialrenten ohne Rente, denen man noch ein monatliches Zulagen von 50 (fünftägig) Mark gibt. Für die Geburts- und Kinderrenten sollten reiflos die Bezüge der Rentnerrentenfrage gestellt werden. Denn den Rentnerrenten wäre es immerhin noch möglich, in die Anwaltsversicherung einzutreten; dem Geburts- und Kinderrenten sollte diese Möglichkeit nicht gegeben. Was die Republik an den Armenrenten Armen gutmachen, das die Monarchie gestiftet hat.

Wie nicht mehr mancher Leser fragen: Wie liegen seine Verhältnisse, die rein sozialistische zu betonen sind. Ganz richtig, mit dieser Seite ist das unterlassen. So man das Reichsrentenministerium die Organisation der Anwaltschaft, den Zentralverband der Anwaltschaft und Witwen Deutschlands, nicht gerne am Verbandlungstisch sieht, das Aufstellen von Jählen keinen Zweck. Dann ist es schon besser, man schließt das ganze Land. Denn der Reichsrentenminister meint, der Verband der Anwaltschaft und Witwen müßte anders behandelt werden als die Vertretung gesunder Volksgenossen, denn ist das schließlich seine eigene Sache. Aber von allen Gemeindefunktionen und Parteien ist zu verlangen, daß sie die Forderung der Renten nach mehr als fünfzig Millionen unterstützen. Die Höhe und Gehälter der Reichsrenten werden in Zukunft zweifelsfrei gestellt sein. Zum Lasse

Diktatur der Mehrheit.

Unter dieser Überschrift wird uns u. a. aus Berlin geschrieben: Unter diktatorischen Maßnahmen verleiht die deutsche Arbeiterklasse keine Diktatur nach russischer Art. Weder über noch den Prinzipien des Herrn Hitler. Nichts liegt ihr nach den Erfahrungen der über Jahre fern, als eine Diktatur im allgemeinen Sinne zu propagieren. Was sie wünscht, ist der Zwang zur Beseitigung der parlamentarischen Demokratie durch die Macht der Mehrheit des Staates. Es handelt sich um eine „Diktatur der Mehrheit“, eine „Diktatur der Mehrheit“, die nach bisher verstanden wurde, und die zur Aufgabe hat, den Staat, die Volksgemeinschaft vor dem unerbittlichen Untergang zu retten. Wie notwendig diese Diktatur der Mehrheit ist, ergibt sich am klarsten aus der Rede, die der neue Reichsfinanzminister am Donnerstag im Reichstag über die Reichsdrang gehalten hat. Seine Rede ist ein Musterstück der Diktatur der Mehrheit, wie sie bisher verstanden wurde, und die zur Aufgabe hat, den Staat, die Volksgemeinschaft vor dem unerbittlichen Untergang zu retten. Wie notwendig diese Diktatur der Mehrheit ist, ergibt sich am klarsten aus der Rede, die der neue Reichsfinanzminister am Donnerstag im Reichstag über die Reichsdrang gehalten hat. Seine Rede ist ein Musterstück der Diktatur der Mehrheit, wie sie bisher verstanden wurde, und die zur Aufgabe hat, den Staat, die Volksgemeinschaft vor dem unerbittlichen Untergang zu retten.

reits gemacht! In einer Verordnung zur Bekämpfung eines Devisenmarktes werden alle Vermögensgegenstände auf die Rechnung von Geldanteile unter Bedingungen aufgeführt, die mandant Devisenbesitzer das Herz immer machen müßten. Auf diesem Wege muß die Regierung handeln, und zwar nicht nur gegen die Steuererhebung, sondern auch gegen alle, die sie erlauben, die innere Ruhe und Ordnung des Staates zu stören. Neben Devisen ist die Ruhe und Ordnung zur Schaffung stabiler Verhältnisse in Deutschland notwendig. Das sollte sich die bürgerliche Regierung merken, die gegenwärtig wieder einmal Gerede macht, von den Reichsrenten, die sie arbeitslos hat, über Nacht davon abzurufen zu werden. Die Regierung ist auf der richtigen Fährte, sich im Volke allgemeinen Vertrauen zu erwerben. Geht sie auf dem einmal beschriebenen Wege weiter, und sie zu annehmen, dann darf sie gewiss sein, daß auch die Arbeiterparteien über die finanzielle Lage des Reiches, die sich durch die Steuererhebung der letzten Jahre jedoch nur zu beklagen sind durch die Diktatur der Mehrheit!

Kabinettsmission vor der Reichstagswahl. Die Reichsregierung ist am Donnerstagabend mit einer kleinen Kabinettsmission zusammen, die sich ausschließlich mit der Subjektive beschäftigt. Unter anderem wurden die Kabinettsminister dem Reichstagsrat für heute, Freitag, in Aussicht gestellten Rede festgelegt.

Vormittags 10 Uhr: Dollar 4 600 000. Tendenz: Abwärts.





